



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DIE JUNGEN POLEN UND DIE OFFENE GESELLSCHAFT

■ ANALYSE	
Der Wert der offenen Gesellschaft in den Einstellungen der jungen Polen Filip Pazderski, Warschau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Umfragen zum Wert der offenen Gesellschaft	8
<hr/>	
■ CHRONIK	
18. Dezember 2018 – 14. Januar 2019	13

## Der Wert der offenen Gesellschaft in den Einstellungen der jungen Polen

Filip Pazderski, Warschau

### Zusammenfassung

Der Autor der Analyse untersucht, welche Bedeutung für junge Polinnen und Polen ausgewählte Werte haben, die zur Idee der offenen Gesellschaft gehören. Betrachtet werden insbesondere die Einstellungen zur kulturellen Vielfalt und zur liberalen Demokratie und es wird nach den Gründen für unterschiedliche Einstellungen gefragt. Außerdem wird der Frage nachgegangen, ob für die jungen Polinnen und Polen der Lebensstandard oder die Qualität der Demokratie im Land ein wichtigerer Wert ist. Die daraus gezogenen Schlussfolgerungen betreffen mögliche Entwicklungen der offenen Gesellschaft in Polen.

Die Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), die Polen seit 2015 regiert, setzte eine Reihe von Maßnahmen um, die nach Meinung von Experten das für die liberale Demokratie charakteristische System der Kontrolle und der *checks and balances* schrittweise außer Kraft setzte. Dies bewirkte eine systematische Verschlechterung des Zustands der repräsentativen Demokratie in Polen. Eine der Erklärungen, warum solche Aktivitäten möglich waren und wie sie mit der deutlichen gesellschaftlichen Unterstützung für die *PiS* korrelieren, knüpft an die wahrnehmbare Enttäuschung vieler Menschen über die Art an, wie die Parteien bisher Politik betrieben haben. Eine weitere Ursache kann das in einem bedeutenden Teil der Gesellschaft herrschende Gefühl sein, dass andere Teile der Gesellschaft in Polen mehr von der wirtschaftlichen Transformation profitierten.

Beide Haltungen lassen sich auch bei den jungen Polinnen und Polen beobachten. Sie fassen die Demokratie als sichere Angelegenheit auf (nicht als etwas, um das man täglich kämpfen muss, wie es ihre Großeltern und Eltern taten) und zeigen gleichzeitig wenig Neigung, die Dinge in ihre Hand zu nehmen und die nicht akzeptierte Realität zu verändern. Ihrer fatalistischen Einstellung nach ist das polnische Parteiensystem schlicht und einfach verfault (NDI/IPA, 2018, S. 4–6). Zur Umpolung ihrer negativen Einstellung gegenüber dem öffentlichen Leben trägt auch nicht bei, dass die jungen Menschen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die am wenigsten öffentlich aktive gesellschaftliche Gruppe waren. Bis heute hat sich dies nicht wesentlich geändert, obgleich die Untersuchungen der öffentlichen Meinung einen gewissen Anstieg ihrer Aktivitäten aufzeigen (Roguska, 2016) und die jüngere Generation ganz klar allmählich den Wert der demokratischen Institutionen zu verstehen beginnt (Szafraniec, 2012, S. 17).

Gleichzeitig, insbesondere während der Wirtschaftskrise im Jahr 2008, waren die jungen Polinnen und Polen gezwungen, ebenso wie ihre Altersgenossen auf dem ganzen Kontinent, sich mit den Schwierigkeiten

des kapitalistischen Systems zu messen. Sie machen sich um den materiellen Komfort und ihre Arbeitsbedingungen Sorgen. Ein wesentlicher Unterschied liegt im Falle Polens aber darin, dass es wohl das einzige europäische Land ist, das durch die wirtschaftliche Rezession mit einem ununterbrochenen Wirtschaftswachstum ging. Hinzu kommt, dass dieses gegenwärtig ein bisher nicht bekanntes Niveau erreicht.

Unabhängig von den positiven Wirtschaftsdaten begannen die jungen Polen ihrer Enttäuschung und Entrüstung auch an den Wahlurnen Luft zu machen. Ein verändertes Wahlverhalten ließ sich bereits im Jahr 2011 beobachten und es hält bis heute an. In den allgemeinen Parlamentswahlen im Herbst 2015 stimmten die Wähler im Alter von 18 bis 29 Jahren vor allem für Anti-System- und oppositionelle Kandidaten. Drei Viertel stimmten gegen die damals regierende Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), die nach acht Jahren in der Regierungsverantwortung nur 14,6 Prozent der Stimmen in der Gruppe der jüngsten Wähler erhielt. Über ein Viertel dieser Altersgruppe, 25,8 Prozent, wählte die konservativ-populistische *PiS*, 19,9 Prozent die Anti-System-Bewegung *Kukiz '15* und 16,8 Prozent die rechte europaskeptische Partei *KORWiN*, die von der jüngsten Wählergruppe drei Viertel ihrer Stimmen erhielt.

Die jungen Menschen brachten ihre Enttäuschung auch zum Ausdruck, indem sie unabhängige gesellschaftliche Interessengruppen unterstützten. Im Jahr 2012 stellte sich die Anti-*ACTA*-Bewegung (*Anti-Counterfeiting Trade Agreement*) gegen ein Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Die Aktivisten betrachteten es als Einführung der Zensur im Internet. Im Jahr 2016 engagierten sich junge Polen massenhaft bei den Protesten des Schwarzen Montags, die gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts gerichtet waren und sich 2017 und 2018 unter dem Namen »Schwarzer Protest« wiederholten. Diese Protestbewegungen unterstützten die Menschenrechte, die Freiheit des Wortes, das Fortpflanzungs-

recht und den unbeschränkten Zugang zum Internet und waren in hohem Maße ein Ausdruck der Unterstützung ihrer Teilnehmer für das Konzept einer vielfältigen Freiheit (etwas zu tun).

Viele junge Polen nahmen auch an den Demonstrationen im Juli 2017 teil, die gegen die kontroversen Justizreformen der regierenden *PiS* gerichtet waren. Sie verteidigten auf diese Weise die grundlegenden demokratischen Werte des Rechtsstaates. Der damals im ganzen Land wahrnehmbare zunehmende Protest fand allerdings mit dem Veto des Präsidenten gegen die erste Version des von der Gesellschaft in Frage gestellten Gesetzes ein Ende. Unabhängig davon muss festgestellt werden, dass sich an den Protesten ohnehin nur ein geringer Anteil der polnischen Gesellschaft aktiv beteiligte. Als der Präsident darüber hinaus nach den Ferien Gesetze vorlegte, die den vorher mit Veto belegten sehr ähnlich waren, erreichte der gesellschaftliche Widerstand nicht mehr das Ausmaß wie vor den Ferien.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die jungen Polinnen und Polen zwar nicht den Institutionen der repräsentativen Demokratie in ihrem Land vertrauen, sie aber auch keinen großen Willen zeigen, Aktivitäten für eine Änderung der kritisierten Situation zu unternehmen. Nur der deutlich geringere Teil entscheidet sich, ein- oder mehrmals an Protesten teilzunehmen, allerdings vor allem, wenn es um Angelegenheiten geht, die sie unmittelbar in ihren individuelle Freiheiten und ihrem Privatleben betreffen. All dies geschieht in einer Gesellschaft, die sich immer noch ihre Existenz aufbaut und in der die übermäßige Orientierung am Lebensstandard recht normal zu sein scheint, was wiederum eher kein Dünger für gute Revolutionäre ist. Was kann unter solchen Bedingungen die jungen Polinnen und Polen motivieren, bestimmte Haltungen im öffentlichen Leben einzunehmen? Auf der Suche nach Antworten werden im Folgenden ausgewählte gesellschaftliche Werte betrachtet, die zurzeit die öffentliche Aktivität junger Menschen in Polen zu leiten scheinen. Gefragt wird außerdem, welche Perspektiven sich daraus für das Funktionieren einer offenen Gesellschaft in Polen ergeben.

### Quellen und Methode der Datengenerierung

Dieser Artikel basiert auf den Ergebnissen von Umfragen, die im Rahmen des Projektes »Voices on Values. How European understand the open society« (<http://situationroom.dpart.org/>) in Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland, Polen und Ungarn vom *Open Society European Policy Institute (OSEPI)* in Zusammenarbeit mit Partnern in den jeweiligen Ländern durchgeführt wurden. In Polen war dies das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (*Instytut Spraw Publicznych – ISP*). Untersucht wurde die Verankerung von Werten, die zur

Idee der offenen Gesellschaft gehören. In der Untersuchung wurden originäre qualitative und quantitative Daten gesammelt. Zunächst wurde eine repräsentative Umfrage mit Hilfe von Internetplattformen unter mehr als 1.000 Respondenten (Polen: 1.029 Personen) in jedem der untersuchten Länder durchgeführt.

In dem Fragebogen wurde zuerst abgefragt, wie wichtig für das Funktionieren einer guten Gesellschaft sieben genannte Attribute (Eigenschaften) sind, die mit einer offenen Gesellschaft verbunden sind, sowie sieben, die mit einer geschlossenen Gesellschaft verbunden sind. Die eingesetzten Indikatoren wurden unter Beteiligung der Forscher aller sechs Partnerländer erarbeitet. Anschließend sollten die Befragten für jedes Attribut der offenen Gesellschaft zwischen zwei vorgestellten alternativen Optionen wählen. Dabei konnten sie entscheiden, ob sie das Attribut der offenen Gesellschaft als wichtiger bewerten oder die ihm entgegen gestellte Alternative. Außerdem hatten sie die Möglichkeit, beide Eigenschaften als gleich wichtig zu bestimmen. Zusätzlich wurden ihnen korrelierende Fragen gestellt, die sich auf die Situation im jeweiligen Land bezogen, was weitere Analysen möglich macht.

Im zweiten Teil der Untersuchung wurden Experteninterviews geführt. In Polen waren es zehn strukturierte Interviews mit Politikern, Kommentatoren des öffentlichen Lebens und Wissenschaftlern, Beamten im öffentlichen Dienst und Aktivisten der Zivilgesellschaft, die unterschiedliche politische Orientierungen repräsentierten. Mehr über die Untersuchungsergebnisse lässt sich in Kürze im Untersuchungsbericht über Polen nachlesen sowie im vergleichenden Bericht, der alle sechs untersuchten Länder behandelt (<http://situationroom.dpart.org/>).

### Die Einstellung zu ausgewählten Aspekten kultureller Vielfalt als Maßstab für Offenheit

In der Untersuchung wurde den polnischen Befragten eine Reihe von Fragen gestellt, die sich auf zwei Bereiche des Funktionierens einer offenen Gesellschaft beziehen – die kulturelle Vielfalt und die liberale Demokratie. Betrachtet wurden dabei auch die Eigenschaften, die sich der offenen Gesellschaft zuordnen lassen (d. h. eine positive Einstellung zur kulturellen Vielfalt und zur liberalen Demokratie) bzw. der geschlossenen Gesellschaft (d. h. eine negative Einstellung). Auf diese Weise ergaben sich vier Gruppen von Indikatoren, die erlauben, das Niveau der Offenheit bzw. Geschlossenheit der polnischen Gesellschaft zu beobachten. Im Folgenden werden die beiden Indikatorengruppen betrachtet, die die Einstellung zu den Werten mit Bezug zur kulturellen Vielfalt betreffen.

Ein Teil der hier erhaltenen Ergebnisse erlaubt, die polnische Gesellschaft auf den ersten Blick als relativ offen zu bestimmen. Dies zeigen insbesondere die Antworten, die dort gegeben wurden, wo zwei alternative Einstellungen nebeneinandergestellt wurden, die gesellschaftliche Offenheit bzw. Geschlossenheit ausdrücken. Gefragt, ob sie bereit wären, die Werte der offenen Gesellschaft durch gegenteilige Einstellungen zu ersetzen, sprachen sich die Polen deutlich häufiger für die kulturelle Vielfalt aus. Sie erklärten beispielsweise, dass die Gleichbehandlung der Neuankömmlinge für sie wichtiger sei als der wirtschaftliche Wohlstand. Unter den sechs untersuchten Nationen erreichten die Polen hier die höchsten Werte, was angesichts der bekannten Daten zur Einstellung der Polen gegenüber Immigranten und Flüchtlingen (siehe dazu weiter unten) schwer zu glauben ist. Dies könnte auf die Kraft einer kulturellen Norm hinweisen, nach der manche Meinungen nicht offen kundgetan werden dürfen.

Das Bild hört auf, so rosig auszusehen, wenn die Antworten auf einzelne Fragen zur kulturellen Vielfalt betrachtet werden, also die Rolle, die einzelnen Aspekten der offenen und geschlossenen Gesellschaft zugeschrieben wird. Die deutliche Mehrheit der Befragten sagt, dass die Gleichbehandlung von Neuankömmlingen im Land, Religionsfreiheit und der Schutz von Minderheiten unerlässlich für das Funktionieren einer guten Gesellschaft sind. Gleichzeitig unterstützen zwei Fünftel der Gesellschaft (weniger als die Hälfte, aber dennoch ein bedeutender Teil) solche Eigenschaften der geschlossenen Gesellschaft wie das Verbot, dass sich gleichgeschlechtliche Paare in der Öffentlichkeit küssen dürfen, oder die Bewilligung der Staatsbürgerschaft nur denjenigen, deren Eltern Polen sind.

Die Mehrheit der Polen unterstützt auch bestimmte Meinungen, die eine geschlossene Gesellschaft charakterisieren. Über die Hälfte sagt, dass Nicht-Christen ausschließlich die Möglichkeit haben sollten, ihre Religion zu Hause oder in ihren Kultstätten zu praktizieren. 60 Prozent der Befragten sagten, es sei wesentlich, dass so wenig Immigranten wie möglich nach Polen kämen. Am populärsten unter den Eigenschaften der geschlossenen Gesellschaft ist allerdings die Meinung, dass alle Einwohner des Landes nach den polnischen Werten und Normen leben sollten – dieser Ansicht waren 80 Prozent der Befragten. Dies scheint die tiefe Verbundenheit der Polen zu den nationalen Werten und zum Nationalstolz (Boguszewski, Głowacki, 2016, S. 2–5) sowie die erklärte Abneigung gegenüber Immigranten zu bestätigen.

Das Bild differenziert sich weiter, wenn verschiedene demographische Faktoren miteinbezogen werden (siehe Tabelle 1 und 2). Hier spielt das Geschlecht eine wichtige Rolle: Generell reagieren Frauen deutlich

sensibler auf kulturelle Vielfalt. Noch deutlicher allerdings differenziert das Alter die Einstellungen zur offenen Gesellschaft. Die jungen Polinnen und Polen fühlen sich verschiedenen Aspekten der kulturellen Vielfalt weniger verbunden als die älteren Generationen. Hier lohnt es sich, Ergebnisse anderer Untersuchungen hinzuzuziehen. Eine zeigt, dass die jungen Polen die nationalen Werte am stärksten unterstützen und dass sie mit deutlicher Mehrheit grenzenlos stolz auf die Haltungen der Polen in der Geschichte sind (Gyárfášova, Molnár, Krekó, Pazderski, Wessenauer, 2018). Eine andere Untersuchung zeigt, dass sie wenig enthusiastisch gegenüber Immigranten sind. Die Mehrheit (60 Prozent) nimmt sie als Belastung für das Sozialsystem und Gefahr für die öffentliche Sicherheit wahr (Kucharczyk, Łada, Schöler, 2017, S. 128–130). Ergänzen lässt sich dieses Bild mit den Daten des Projektes »Voices on Values«, die zeigen, dass im Allgemeinen die Unterstützung für verschiedene Aspekte der offenen Gesellschaft zusammen mit dem Bildungsniveau der Befragten steigt.

Alle diese Ergebnisse scheinen etwas Beunruhigendes zu zeigen. Die jungen Polen beiderlei Geschlechtes (wenngleich mehr junge Männer) sind gegenüber verschiedenen Aspekten der offenen Gesellschaft am feindlichsten eingestellt und am stärksten für die kulturelle Homogenität. Auch sind sie am stärksten bereit, die Werte, die mit kultureller Vielfalt verbunden sind, zugunsten der Verbesserung ihrer Lebensqualität zu ersetzen (dazu im Folgenden mehr). Diese Beobachtung geht mit den Ergebnissen einer anderen Fragebogenuntersuchung einher, die zeigt, dass die polnische Jugend weniger bereitwillig ist als die älteren Generationen, Flüchtlinge als Mitarbeiter, Nachbarn oder Familienmitglied zu haben. Insbesondere junge Männer sind am wenigsten geneigt, einen Moslem, Homosexuellen oder Transgender in egal welcher dieser Rollen zu akzeptieren (Winiewski, Hansen, Bilewicz i in., 2017, S. 75–77, 95). Zumindest teilweise kann diese Situation von der deutlichen Ausrichtung der jungen Polen auf die politische und ideologische Propaganda des Internet beeinflusst sein. Die bereits genannte Untersuchung des *NDI/ISP* zeigt, dass für die jungen Polinnen und Polen die häufigste Informationsquelle zu öffentlichen Angelegenheiten Facebook und andere Internetportale sind und sie der Meinung sind, dass sie damit ein objektives Bild der Situation erhalten (Gyárfášova, Molnár, Krekó, Pazderski, Wessenauer, 2018, S. 24).

### **Einstellungen gegenüber ausgewählten Aspekten des Funktionierens der repräsentativen Demokratie**

Die Demokratie wird von den Polen praktisch seit Beginn der gesellschaftlich-politischen Transformation im Jahr

1989 hoch geschätzt. Mitte des Jahres 2018 stimmten 76 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass »die Demokratie allen anderen Regierungsformen überlegen ist«, was der höchste Wert in der Geschichte der Untersuchungen der öffentlichen Meinung ist (Feliksiak, 2018, S. 1). Dabei ist aber festzuhalten, dass in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen nur die Hälfte der Meinung ist, dass »die Demokratie das Beste der möglichen politischen Systeme ist« (Kucharczyk, Łada, 2017, S. 18–20). Generell scheint das allgemeine Bekenntnis zur Demokratie in der polnischen Gesellschaft im Widerspruch zu der Tatsache zu stehen, dass die aktuell regierende *PiS* deutlichen gesellschaftlichen Rückhalt sogar bei der Einführung von Maßnahmen erhielt, die die deutliche Mehrheit von Experten als Bruch der Prinzipien der repräsentativen Demokratie bewerteten.

Diese erstaunliche Tatsache lässt sich auf zwei Arten erklären. Erstens damit, dass es in der polnischen Gesellschaft mindestens zwei Arten des Demokratieverständnisses gibt. Die eine bezieht sich auf die Rechtsstaatlichkeit und den Schutz von Minderheiten, die andere stützt sich auf autoritäre Werte und vertritt die Auffassung, dass die Demokratie ein System sei, in dem der Wille der Mehrheit Vorrang hat. Zweitens vertritt der politische Diskurs, der von den *PiS*-Politikern geführt wird und den die von der Regierung kontrollierten öffentlichen Medien unterstützen, dass die *PiS* für die Stärkung der Demokratie in Polen arbeitet. Dementsprechend hätten die vorher regierenden Parteien nur in ihrem eigenen Interesse und dem Interesse eng begrenzter Eliten gehandelt.

Die Untersuchung »Voices on Values« bestätigt diese Überlegungen. Die Polen unterstützen entschieden alle ihnen vorgestellten Werte einer offenen Gesellschaft, die mit dem Funktionieren der liberalen Demokratie verbunden sind. Als unentbehrlich (»absolut« bzw. »eher«) wurde jeder von ihnen von zirka 80 Prozent der Befragten beurteilt. Gleichzeitig unterstützen sie in Gänze Werte, die sich als Ausdruck negativer Einstellungen gegenüber der liberalen Demokratie bestimmen lassen. 60 Prozent akzeptieren die Meinung, dass die Regierung die Medien zwingen sollte, das Land nur positiv darzustellen, und 70 Prozent stimmen dem Konzept der unbeschränkten Herrschaft der Mehrheit zu. Insbesondere letztere Daten zeigen, dass das Konzept der liberalen Demokratie in der polnischen Gesellschaft weder in Gänze verankert ist noch ausreichend verstanden wird.

Noch weniger Optimismus ruft die Tatsache hervor, dass die jungen Polen (18 bis 24 Jahre und 25 bis 34 Jahre) die geringste Unterstützung für verschiedene Aspekte der funktionierenden Demokratie zeigen. Dieses Ergebnis ist nicht gerade ein Lob für das System der zivilgesellschaftlichen Bildung in den polnischen Schu-

len – auch wenn die am besten ausgebildeten Befragten die Indikatoren der liberalen Demokratie in einer offenen Gesellschaft am meisten unterstützen (siehe Tabelle 3 auf S. 9).

Die Situation stellt sich etwas komplizierter dar, wenn Aspekte der geschlossenen Gesellschaft betrachtet werden. Die älteren Generationen der Polen unterstützen in höchstem Maße beide oben genannten Attribute einer funktionierenden Demokratie. Im Falle der Ermöglichung der Regierung, die Botschaft der Medien zu kontrollieren, erwies sich die Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen als die größte Unterstützerguppe, und das Konzept der unbeschränkten Herrschaft der Mehrheit unterstützen am häufigsten die ältesten Befragten (65 Jahre und älter). Allerdings weicht in beiden Aspekten die Unterstützung der jüngsten Befragten nicht wesentlich von der der älteren ab (s. Tabelle 4 auf S. 9).

### **Ist es in Polen möglich, die Demokratie zugunsten des wirtschaftlichen Wohlstands zu opfern?**

Die hier vorgestellten Ergebnisse der Studie »Voices on Values« zeigen, dass die jungen Polen weniger bereit sind als die älteren, die Eigenschaften der offenen Gesellschaft als unerlässlich für das Funktionieren einer guten Gesellschaft anzuerkennen. Auch unterstützen sie etwas mehr eine Reihe von Attributen der geschlossenen Gesellschaft. Darüber hinaus sind sie auch stärker bereit als Ältere, die Werte der offenen Gesellschaft für die Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen zu opfern. Danach gefragt, ob sie zustimmen würden, die Gleichbehandlung der Immigranten durch das wirtschaftliche Eigeninteresse zu ersetzen, sagten die jungen Polen häufiger, dass gute Lebensbedingungen wichtiger sind als eine gerechte Behandlung der Immigranten. Diese Einstellung unterscheidet sie von den bereits genannten Daten der Gesamtbevölkerung. Allerdings unterstützte ein Viertel der Polen im Alter von 18 bis 24 Jahren die gleiche Behandlung der Immigranten, was der größte Anteil in Bezug auf diese Antwort unter allen Altersgruppen ist. Jedoch betrifft dies eindeutig nicht die Gruppe der nur etwas älteren, das heißt der 25- bis 34-Jährigen (s. Grafik 1 auf S. 10).

Die Polen im Alter von 18 bis 24 Jahren und 25 bis 34 Jahren sind auch eher bereit zu glauben, dass der Schutz der gesellschaftlichen Kohäsion im Land wichtiger ist als die Gleichbehandlung der Immigranten. Die Nebeneinanderstellung dieser beiden Fragen (s. Grafik 2 auf S. 11) zeigt, dass die Angehörigen dieser beiden jüngsten Altersgruppen am stärksten bereit sind, eine Wahl zwischen diesen beiden Optionen zu treffen, und gleichzeitig am seltensten dazu bereit, die Optionen als gleichwertig zu betrachten. Dies kann auf eine relativ starke

Polarisierung ihrer Meinungen zu den beiden deutlich miteinander konkurrierenden Werten hinweisen.

Es lohnt sich, die vorgestellten Ergebnisse zusammen mit den Ergebnissen weiterer Umfragen zu lesen, aus denen sich ergibt, dass die polnische Jugend deutlich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen eingestellt ist und ambivalente Einstellungen zu anderen gesellschaftlichen Veränderungen vertritt. Nach Untersuchungen des *ISP* und der Bertelsmann Stiftung Anfang des Jahres 2017 meinen 55 Prozent der jungen Polinnen und Polen, dass mehr Frauen Führungspositionen bekleiden sollten. Sehr viel weniger unterstützen gleichgeschlechtliche Partnerschaften und fast die Hälfte ist schlicht dagegen (Kucharczyk, Łada, Schöler, 2017, S. 127–137).

Dies spiegelt deutlich die generell konservativen Einstellungen der Mehrheit der polnischen Gesellschaft wieder. Zu weiterreichenden Überlegungen zwingen dann die Ergebnisse, wenn die ebenfalls jungen Befragten in der Studie »Voices on Values« gebeten wurden, zu benennen, anhand welcher Kriterien sich der Zustand des politischen Systems am besten beurteilen lässt – Freiheit, Demokratie und Freiheit des Wortes oder Lebensstandard, Warenpreise und Zugänglichkeit von Dienstleistungen. Die 18- bis 24-Jährigen und die 25- bis 34-Jährigen wählten deutlich häufiger als ihre älteren Mitbürger die zweite Option. Wichtiger noch – insbesondere wenn die beiden Gruppen zu einer zusammengeführt werden, waren sie die einzige Altersgruppe, die sich zu einer größeren Verbundenheit mit dem Lebensstandard als mit der Qualität der Demokratie bekannte. Die Vertreter der jüngsten Generationen waren auch imstande, nur eine der genannten Optionen als unerlässlich für das Funktionieren der Gesellschaft zu benennen (häufiger als Ältere), was auf die Polarisierung der Einstellungen der jungen Polen zwischen diesen beiden Extremen hinweisen kann (s. Grafik 3 auf S. 12).

Die jungen Polen erwiesen sich auch als diejenigen, die im Vergleich zu den Befragten der sechs europäischen Staaten mit der politischen Situation in ihrem Land am zufriedensten, aber am unzufriedensten mit den wirtschaftlichen Bedingungen waren (s. Grafik 4 auf S. 12 und 5 auf S. 13).

### Mögliche Entwicklungsrichtungen für die Einstellungen der jüngsten polnischen Wähler

Was ergibt sich aus den vorgestellten Daten? Vor allem zeigt sich, dass der materielle Standard für die Generation der 18- bis 34-Jährigen wichtiger ist als das Funktionieren demokratischer Prinzipien. Es lohnt sich, an dieser Stelle auch die Studie des *ISP/NDI* anzuführen, die zeigt, dass die jungen Polinnen und Polen gegenwärtig als wichtigste Probleme des Landes die Situation im

Gesundheitswesen, die Lebenshaltungskosten und das Rentensystem erachten, also Fragen aus dem Bereich der Sozialpolitik (*NDI/ISP*, 2018, S. 21). Man kann also feststellen, dass sie generell mit der Art und Weise, wie das Land regiert wird, zufrieden sind, abgesehen von Fragen, die ihre Lebensqualität und wirtschaftliche Situation beeinflussen (zumal sie letzteren Bereich des staatlichen Funktionierens schlechter bewerten). Dies beeinflusst auch ihre größere Bereitschaft, Werte der offenen Gesellschaft zugunsten größerer wirtschaftlicher Sicherheit zu opfern.

Dazu könnte es noch eher kommen, wenn der Wert der offenen Gesellschaft Gegenstand eine »Handels« wäre und die kulturelle Vielfalt, insbesondere die Offenheit gegenüber Ausländern, betreffen sollte. In diesem Fall würden die jungen Polen wahrscheinlich wenig Solidarität mit Kriegsflüchtlingen, Verfolgten oder denen, die schlicht bessere Lebensbedingungen suchen, zeigen. Die Feindseligkeit gegenüber Immigranten in der polnischen Gesellschaft hat gegenwärtig das höchste Niveau in der Geschichte erreicht. Ende 2017 wandten sich 74 Prozent der erwachsenen Polen gegen die Zuweisung von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika von einem anderen EU-Land nach Polen (Głowacki 2017, S. 1–2). Die hier vorgestellten Daten zeigen, dass die jungen Polen die gesellschaftliche Gruppe sind, die gegenüber Immigranten die größte Ablehnung zeigen. Sie könnten also kein größeres Problem damit haben, von einer freundschaftlichen Behandlung der Ausländer Abstand zu nehmen zugunsten einer Politik, die auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, insbesondere die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen, des Lohnniveaus und des Rentensystems. Die Verbindung der Politik, die sich auf die Angst vor »dem Fremden« stützt, mit Aktivitäten für die Verbesserung der gesellschaftlichen Absicherung kann sich als eine gefährliche Mischung erweisen, die den Politikern, die sie anwenden, erlaubt, die Stimmen eines bedeutenden Teils der jungen Polen zu gewinnen.

Es ist wahr, dass sich eine deutliche Anzahl von Vertretern der jüngsten Generationen den gesellschaftlichen Protesten gegen die antidemokratischen Schritte der aktuellen Regierung angeschlossen hat und gleichzeitig progressive Einstellungen unterstützte, zum Beispiel die Freiheit, über das eigene Sexualleben oder Fortpflanzungsverhalten zu entscheiden. Aber ein deutlicher Teil ist auch damit zufrieden, auf seinem Platz zu bleiben und die sozialen und wirtschaftlichen Vorteile zu konsumieren, die ihre Eltern und Großeltern erarbeitet haben. Allerdings werden sich auch die Letztgenannten, die sich mehr für die Aufrechterhaltung bzw. die Verbesserung des gegenwärtigen Lebensstils interessieren als für den Kampf um Demokratie und Freiheit, vielleicht

am Ende bewusst werden, dass für die wirtschaftliche Entwicklung auch die Stärkung der gesellschaftspolitischen Errungenschaften notwendig ist, die nach 1989 erarbeitet wurden.

Natürlich ist es nicht absehbar, wie sich die kulturellen Werte der Mehrheit der heute jungen Polinnen und Polen mit den Jahren verändern werden. Es ist auch schwer zu bestimmen, welche der beiden präsentierten Wertfelder der jüngsten Generation letztlich überlegen sein wird (und ob es überhaupt dazu kommen wird). Tatsache ist allerdings, dass die Anzahl der

jungen Menschen, die intensiver über die Qualität der Demokratie nachdenken, im Verhältnis zu der Anzahl ihrer Altersgenossen, die die materielle Sicherheit vorziehen, entscheidend für die Zukunft der Entwicklung der offenen Gesellschaft in Polen sein kann. Hier zeigt sich die unbedingte Notwendigkeit, unterschiedliche Aktivitäten im Bereich der zivilgesellschaftlichen Bildung in Polen zu forcieren.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

#### *Über den Autor*

Filip Pazderski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter im Programmbereich »Demokratie und Zivilgesellschaft« des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Program Demokracji i Społeczeństwa Obywatelskiego, Instytut Spraw Publicznych – ISP), Warschau. Seine Forschungsschwerpunkte sind zivilgesellschaftliches Engagement, Bildung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zuletzt erschienen von ihm: F. Pazderski: »CSOs Sustainability Index in Poland in 2017«, [in:] »2017 Civil Society Organization (CSO) Sustainability Index for Central and Eastern Europe and Eurasia«, USAID, 2018. F. Pazderski, O. Gyárfášova, P. Krekó, C. Molnár, V. Wessenauer, »Central Europe – Youth, Politics, Democracy. Public opinion research in Hungary, Poland and Slovakia«, National Democratic Institute (NDI), 2018.

#### *Bibliografie:*

- Boguszewski, R., Głowacki, A. (2016), Między patriotyzmem a nacjonalizmem. Komunikat z badań, CBOS, 151/2016.
- Feliksiak M., (2018), Opinie o demokracji. Komunikat z badań, CBOS, 75/2018.
- Głowacki, A. (2017), Stosunek do przyjmowania uchodźców. Komunikat z badań, CBOS, 44/2017.
- Gyárfášova, O., Molnár, C., Krekó, P., Pazderski, F., Wessenauer, V. (2018), Youth, Politics, Democracy: Public Opinion Research in Hungary Poland and Slovakia, NDI, Washington DC, <https://www.isp.org.pl/pl/publikacje/youth-politics-democracy-public-opinion-research-in-hungary-poland-and-slovakia>.
- Kucharczyk, J., Łada, A. (2017), Akceptacja, reforma, rozstanie? Młodzież z sześciu państw członkowskich Unii Europejskiej wobec integracji europejskiej, ISP, Warszawa.
- Kucharczyk, J., Łada, A., Schöler, G. (red., 2017), »Exit, voice or loyalty? Young people on Europe and democracy Case studies from Austria, the Czech Republic, Germany, Hungary, Poland and Slovakia«, ISP, Warszawa, <http://www.isp.org.pl/publikacje,25,944.html>.
- NDI/IPA (2018), Youth, Democracy, and Politics: Poland. Survey results, <https://www.ndi.org/publications/youth-democracy-and-politics-public-opinion-research-poland>.
- Roguska, B. (2016), Aktywność społeczno-polityczna Polaków. Komunikat z badań, CBOS, 16/2016.
- Szafraniec, K. (2012), Dojrzewający obywatele dojrzewającej demokracji..., Instytut Obywatelski, Warszawa.
- Winiewski, M., Hansen, K., Bilewicz, M., Soral, W., Świdorska, A., Bulska, D. (2017), Mowa nienawiści, mowa pogardy. Raport z badania przemocy werbalnej wobec grup mniejszościowych, Fundacja Batorego/Centrum Badań nad Uprzedzeniami UW, Warszawa.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

## Umfragen zum Wert der offenen Gesellschaft

**Tabelle 1: Unterstützung für Werte der offenen Gesellschaft: Wie wesentlich ist es für das Funktionieren einer guten Gesellschaft, dass ... (Geschlecht/Alter/Bildungsgrad)**

		Neuankömmlinge im Land ebenso wie die anderen im Land behandelt werden?		jeder frei seine Religion ausüben kann?		die Rechte der Minderheiten geschützt werden?	
		wesentlich	unwesentlich	wesentlich	unwesentlich	wesentlich	unwesentlich
Geschlecht	Männer	70,1%	29,9%	79,3%	20,7%	80,4%	19,6%
	Frauen	74,2%	25,9%	79,1%	20,9%	82%	18%
Alter	18–24	57,1%	42,9%	68%	32%	77,9%	22,2%
	25–34	58,8%	41,3%	70,1%	29,9%	68,5%	31,5%
	35–44	74,8%	25,2%	78,5%	21,5%	82,9%	17,1%
	45–54	84,6%	15,4%	86,3%	13,7%	83,1%	16,9%
	55–64	72,7%	27,3%	83%	17%	84,6%	15,4%
	65+	86,3%	13,7%	88,6%	11,4%	91,7%	8,3%
Bildungsniveau	Abschluss der Grundschule, Mittelschule, Berufsschule	57,1%	42,9%	64,3%	35,7%	67,9%	32,1%
	Abitur; Ausbildung; Weiterbildungen	73%	27%	79,4%	20,6%	80,5%	19,5%
	Studium	75,9%	24,1%	83,4%	16,6%	8%	13%

Quelle: Projekt »Voices on Values« <http://situationroom.dpart.org/> (gewichtete Daten, N= 1029).

**Tabelle 2: Unterstützung für Werte der geschlossenen Gesellschaft: Wie wesentlich ist es für das Funktionieren einer guten Gesellschaft, dass ... (Geschlecht/Alter/Bildungsgrad)**

		so wenig wie möglich Immigranten ins Land kommen?		jeder gemäß der polnischen nationalen Werte lebt?		Nicht-Christen ihre Religion nicht öffentlich praktizieren dürfen?		sich homosexuelle Paare nicht öffentlich küssen dürfen?		nur Personen polnischer Herkunft das Recht auf die Staatsbürgerschaft Polens haben?	
		wesentlich	nicht wesentlich	wesentlich	nicht wesentlich	wesentlich	nicht wesentlich	wesentlich	nicht wesentlich	wesentlich	nicht wesentlich
Geschlecht	Männer	60,9%	39,1%	80%	20%	56,4%	43,6%	48,2%	51,8%	44,9%	55,1%
	Frauen	59,8%	40,2%	80,6%	19,4%	51,6%	48,4%	33%	67%	43,2%	56,8%
Alter	18–24	75,6%	24,4%	78,3%	21,7%	62,6%	37,4%	55,5%	44,5%	52,4%	47,6%
	25–34	73,6%	26,4%	81,2%	18,8%	49,4%	50,6%	41,5%	58,5%	49,5%	50,5%
	35–44	57,2%	42,8%	79,6%	20,4%	44,6%	55,4%	37,2%	62,8%	43,8%	56,3%
	45–54	55,6%	44,4%	85,5%	14,5%	52,4%	47,6%	36,9%	63,1%	44%	56,1%
	55–64	63,1%	36,9%	74,8%	25,2%	52,3%	47,7%	38,9%	61,1%	37,1%	62,9%
	65+	37,9%	62,1%	83,3%	16,7%	65,3%	34,7%	33,6%	66,4%	38,3%	61,7%
Bildungsniveau	Abschluss der Grundschule, Mittelschule, Berufsschule	75%	25,0%	67,9%	32,2%	57,1%	42,9%	46,4%	53,6%	53,6%	46,4%
	Abitur; Ausbildung; Weiterbildungen	61%	39,0%	82,7%	17,3%	56%	44%	41,5%	58,5%	46,1%	53,9%
	Studium	54,4%	45,6%	78,8%	21,2%	48,1%	51,9%	34,5%	65,5%	35,8%	64,2%

Quelle: Projekt »Voices on Values« <http://situationroom.dpart.org/> (gewichtete Daten, N= 1029).

**Tabelle 3: Unterstützung für Werte der offenen Gesellschaft in Bezug auf die liberale Demokratie: Wie wesentlich ist es für das Funktionieren einer guten Gesellschaft, dass ... (Geschlecht/Alter/Bildungsgrad)**

		jeder frei seine Meinung äußern kann?		sich regierungskritische Gruppen/ Individuen im Dialog mit derselben engagieren können?		dass alle politischen Einstellungen der Bevölkerung im Parlament repräsentiert werden können?		dass die Medien die Regierung kritisieren können?	
		wesentlich	nicht wesentlich	wesentlich	nicht wesentlich	wesentlich	nicht wesentlich	wesentlich	nicht wesentlich
Geschlecht	Männer	91,2%	8,8%	85%	15%	79,9%	20,1%	86%	14%
	Frauen	86,8%	13,2%	82,2%	17,8%	76,8%	23,3%	72,1%	27,9%
Alter	18–24	85,6%	14,5%	72%	28,1%	70,1%	29,9%	61,6%	38,4%
	25–34	86,8%	13,2%	77,9%	22,1%	71,1%	28,9%	75,2%	24,9%
	35–44	87,6%	12,4%	83,7%	16,3%	79,4%	20,6%	91,4%	8,6%
	45–54	91,9%	8,1%	84,1%	15,9%	84%	16,1%	81,3%	18,7%
	55–64	87%	13%	86,8%	13,2%	81,1%	18,9%	77,6%	22,5%
	65+	94,3%	5,7%	94,6%	5,4%	83,1%	16,9%	80,1%	19,9%
Bildungsniveau	Abschluss der Grundschule, Mittelschule, Berufsschule	78,6%	21,4%	64,3%	35,7%	64,3%	35,7%	46,4%	53,6%
	Abitur; Ausbildung; Weiterbildungen	88,7%	11,3%	83,8%	16,2%	79,5%	20,6%	80,9%	19,1%
	Studium	92,2%	7,8%	88,9%	11,1%	79,7%	20,3%	82,6%	17,4%

Quelle: Projekt »Voices on Values« <http://situationroom.dpart.org/> (gewichtete Daten, N= 1029).

**Tabelle 4: Unterstützung für Werte der geschlossenen Gesellschaft in Bezug auf die liberale Demokratie: Wie wesentlich ist es für das Funktionieren einer guten Gesellschaft, dass ... (Geschlecht/Alter/Bildungsgrad)**

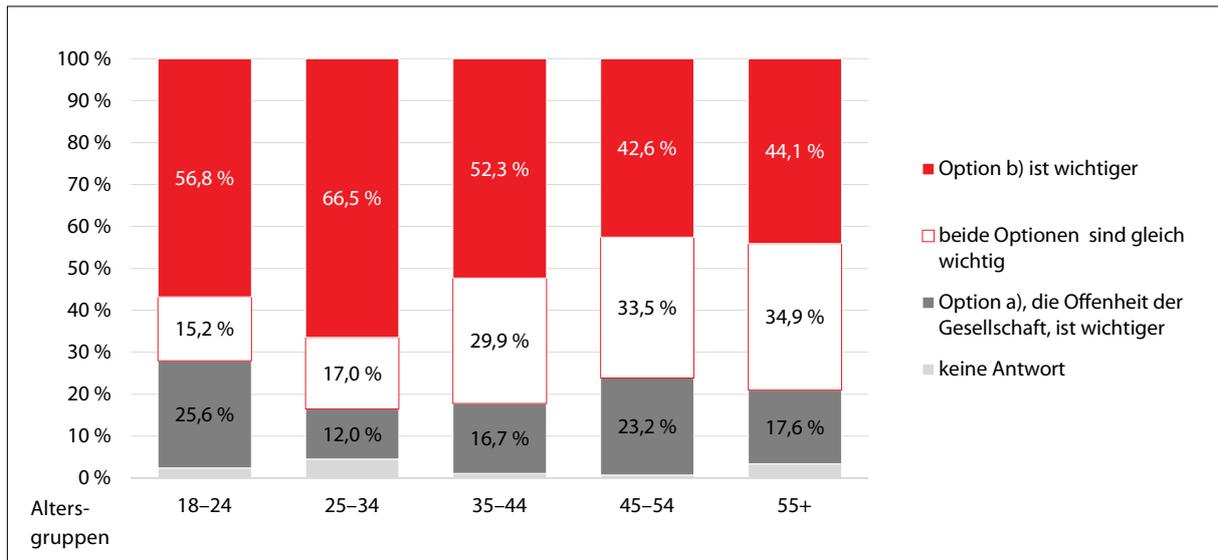
		die Regierung gewährleistet, dass die Medien immer ein positives Bild von Polen präsentieren?		die Ansichten der Regierung immer die Ansichten der Mehrheit der Bürger präsentieren?	
		wesentlich	nicht wesentlich	wesentlich	nicht wesentlich
Geschlecht	Männer	59,4%	40,6%	72,7%	27,3%
	Frauen	60,5%	39,6%	66,3%	33,7%
Alter	18–24	56,9%	43,1%	67,5%	32,5%
	25–34	64,5%	35,5%	62,7%	37,3%
	35–44	56,4%	43,6%	69,5%	30,5%
	45–54	68,5%	31,5%	70,6%	29,4%
	55–64	58,9%	41,1%	71,1%	28,9%
	65+	54,7%	45,3%	75,2%	24,8%
Bildungsniveau	Abschluss der Grundschule, Mittelschule, Berufsschule	53,6%	46,4%	67,9%	32,1%
	Abitur; Ausbildung; Weiterbildungen	62,2%	37,8%	69,0%	31,0%
	Studium	57,2%	42,8%	70,4%	29,6%

Quelle: Projekt »Voices on Values« <http://situationroom.dpart.org/> (gewichtete Daten, N= 1029).

**Grafik 1:** Nicht alle Aspekte des Funktionierens unserer Gesellschaft sind für jeden gleich wichtig. Bitte entscheiden Sie anhand der angegebenen Positionen, welche der beiden Optionen wichtiger für das Funktionieren der Gesellschaft ist. (nach Altersgruppen)

**Option a)** - Personen, die vor kurzem ankamen, um in Polen zu leben, sollten gleichbehandelt werden.

**Option b)** - Ziel der Politik des Staates ist es immer, den wirtschaftlichen Wohlstand seiner Bürger zu verbessern.

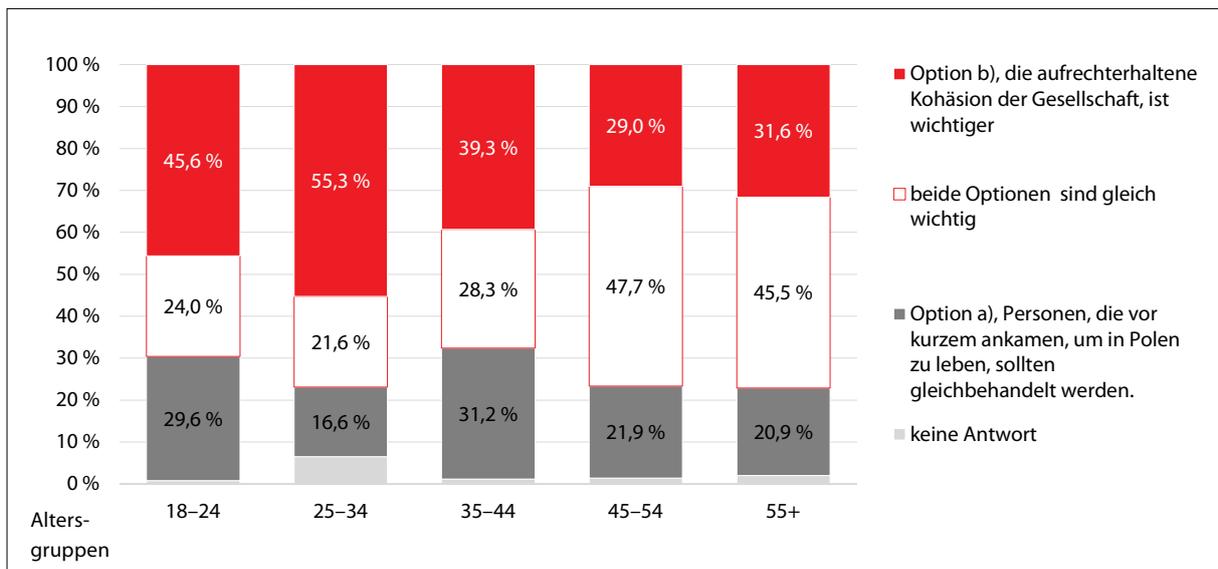


Quelle: Projekt »Voices on Values« <http://situationroom.dpart.org/> (gewichtete Daten, N= 1029).

**Grafik 2:** Nicht alle Aspekte des Funktionierens unserer Gesellschaft sind für jeden gleich wichtig. Welche der beiden Optionen ist Ihrer Meinung nach wichtiger für das Funktionieren der Gesellschaft? (nach Altersgruppen)

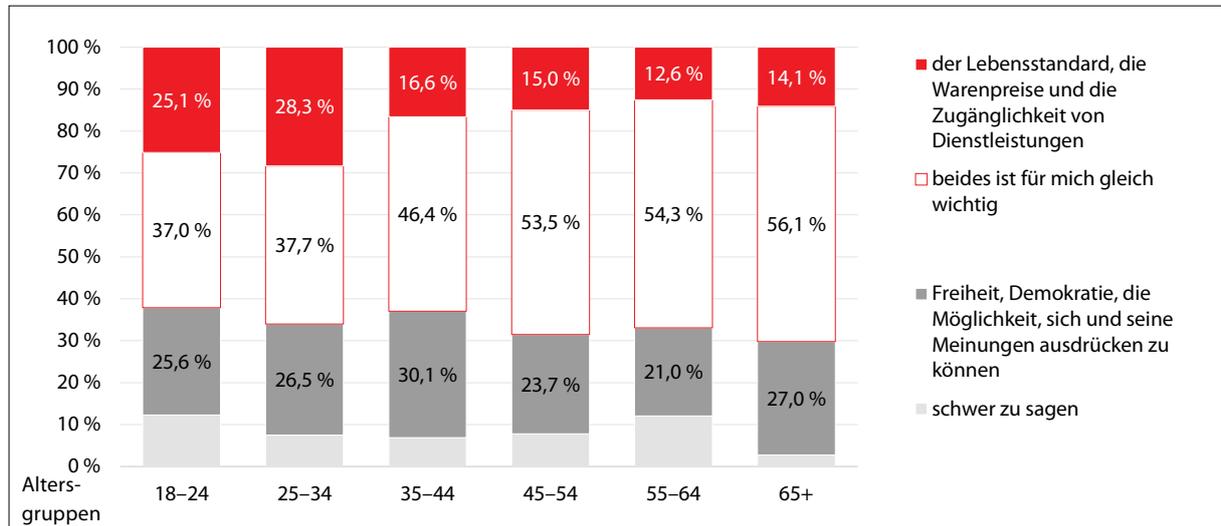
**Option a)** – Personen, die vor kurzem ankamen, um in Polen zu leben, sollten gleichbehandelt werden.

**Option b)** – Die gesellschaftliche Kohäsion wird aufrechterhalten.



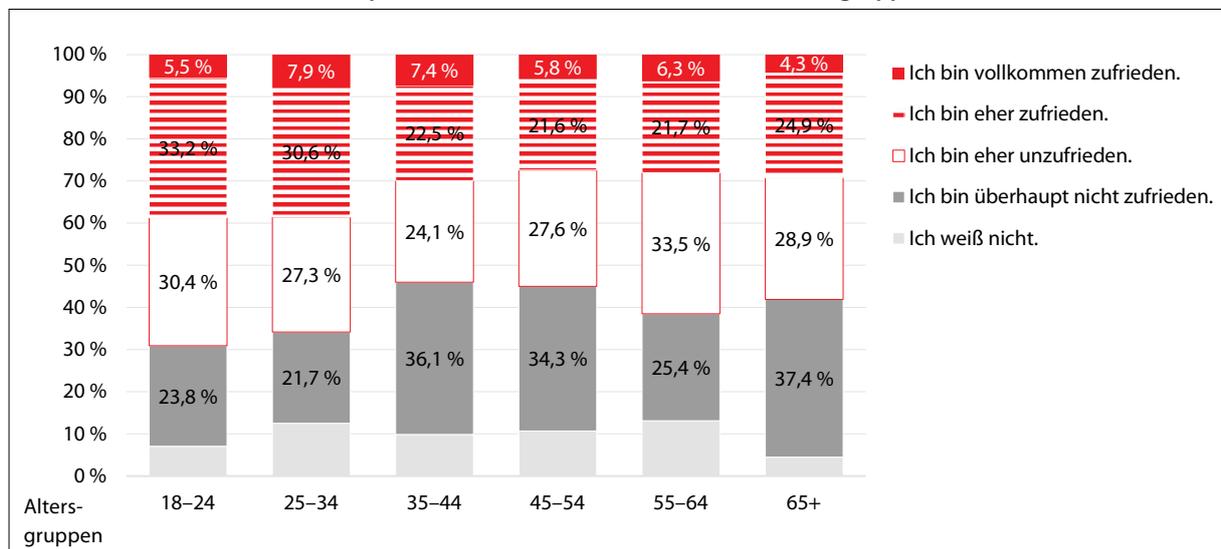
Quelle: Projekt »Voices on Values« <http://situationroom.dpart.org/> (gewichtete Daten, N= 1029).

**Grafik 3: Manche beurteilen das gegenwärtige politische System unter dem Aspekt der Gewährleistung von Freiheit, Demokratie, der Möglichkeit, sich und seine Meinungen ausdrücken zu können. Andere kümmern sich eher um den Lebensstandard, die Warenpreise und die Zugänglichkeit von Dienstleistungen. Welche der beiden Einstellungen ist für Dich persönlich wichtiger? (nach Altersgruppen)**



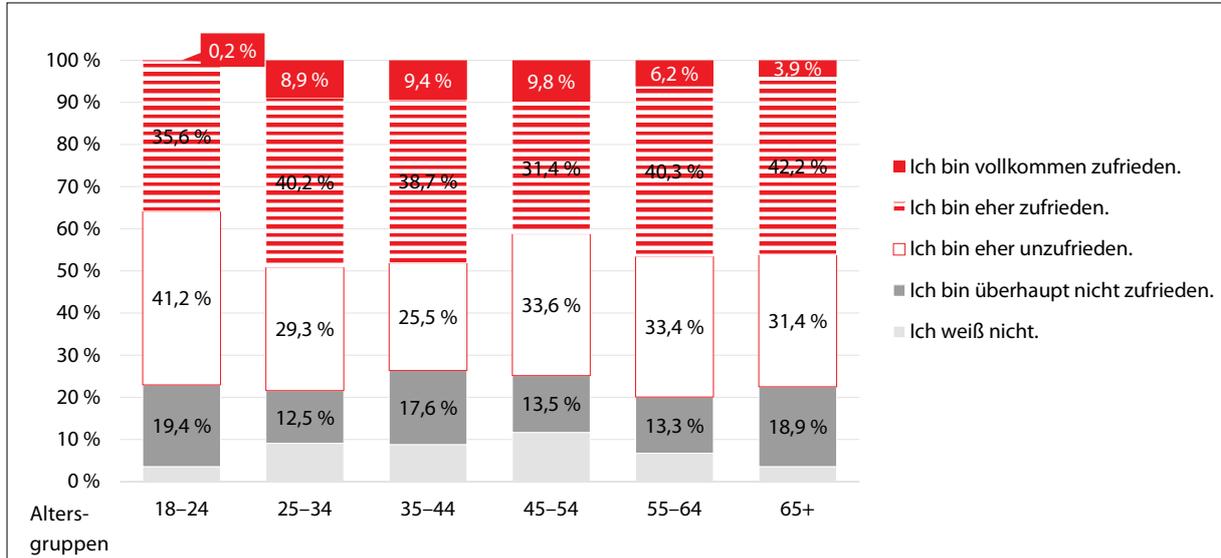
Quelle: Projekt »Voices on Values« <http://situationroom.dpart.org/> (gewichtete Daten, N= 1029).

**Grafik 4: Zufriedenheit mit der politischen Situation in verschiedenen Altersgruppen**



Quelle: Projekt »Voices on Values« <http://situationroom.dpart.org/> (gewichtete Daten, N= 1029).

**Grafik 5: Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation in verschiedenen Altersgruppen**



Quelle: Projekt »Voices on Values« <http://situationroom.dpart.org/>  
(gewichtete Daten, N= 1029).

## 18. Dezember 2018 – 14. Januar 2019

18.12.2018	Der Pressesprecher des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy), Michał Laskowski, erklärt, die Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit in Polen seien noch nicht gelöst, auch wenn Präsident Andrzej Duda am Vortag das Gesetz zur Aufhebung des zuvor gesetzlich verordneten Ruhestands der Richter unterzeichnet habe. Mit der Aufhebung sei nur das Problem gelöst worden, das die Öffentlichkeit am meisten wahrgenommen habe. Die Probleme im Bereich der allgemeinen Gerichte, des Landesjustizrates (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) und der neu eingerichteten gerichtlichen Institutionen, u. a. der Disziplinarkammer, bestünden nach wie vor.
19.12.2018	Der Vizeaußenminister der USA, John J. Sullivan, trifft sich in Warschau mit Außenminister Jacek Czaputowicz und dem Chef der Präsidialkanzlei, Krzysztof Szczerski. Neben Fragen der Verteidigung und der Sicherheit an der NATO-Ostflanke werden Fragen der Energiesicherheit thematisiert, u. a. die Unterzeichnung eines weiteren Liefervertrags für Flüssiggas aus den USA nach Polen und der Bau des russisch-deutschen Gaspipelineprojekts Nord Stream 2.
20.12.2018	Auf ihrer gemeinsamen Pressekonferenz nach ihrem Treffen in London betonen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und die britische Premierministerin Theresa May die Bedeutung der Zusammenarbeit im Rahmen der NATO auch nach dem Brexit. Beide äußern sich besorgt über Russland, das die europäische Sicherheit untergrabe. May unterstreicht, dass die ca. eine Million in Großbritannien niedergelassenen Polen auch nach dem britischen EU-Austritt ihre Rechte behalten würden, und fordert sie zum Bleiben auf.
20.12.2018	Infolge einer Metangasexplosion in einem Bergwerk im tschechischen Karviná sterben 13 Bergleute, darunter zwölf Polen.
21.12.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und sein tschechischer Amtskollege Andrej Babiš besuchen nach der Metangasexplosion am Vortag das Bergwerk in Karviná (Tschechien). In Polen wurde für den nächsten Tag Staatstrauer zum Gedenken an die zwölf verunglückten polnischen Bergleute angeordnet.
22.12.2018	In einem Radiointerview erklärt Präsident Andrzej Duda, dass sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Zusammenhang mit der Justizreform zu sehr in innerpolnische Angelegenheiten eingemischt habe. Dies gefährde die Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten. Er werde die Angelegenheit noch im Kreise seiner EU-Kollegen thematisieren. Anfang der Woche hat Duda ein Gesetz unterzeichnet, das wesentliche Punkte der Justizreform, u. a. beim Pensionsalter der Richter des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy) und des Obersten Verwaltungsgerichts (Sąd Najwyższy Administracyjny), wieder zurücknimmt, nachdem der EuGH im Oktober eine entsprechende einstweilige Anordnung verfügt hatte.
27.12.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Präsident Andrzej Duda nehmen in Posen (Poznań) an den Feierlichkeiten zum Jahrestag des Beginns des Großpolnischen Aufstands vor 100 Jahren teil.
28.12.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki beruft den parteilosen Abgeordneten Adam Andruszkiewicz zum Vizeminister für Digitalisierung. Andruszkiewicz war 2015 bis 2016 Vorsitzender der extrem rechten und rassistischen Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszepolska); nach Medienberichten fiel sein Name im Zusammenhang mit dem Verdacht massenhafter Wahlfälschungen bei den Selbstverwaltungswahlen 2014 sowie im weiteren Kontext russischer Spionage in Polen.
28.12.2018	Der Sejm und der Senat verabschieden im Eiltempo ein Gesetz, das Preiserhöhungen für Strom im Jahr 2019 verbietet. Das Gesetz soll im Januar 2019 in Kraft treten. Kritiker sprechen von einem Wahlgeschenk der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vor den Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Sejm im kommenden Jahr.
31.12.2018	In seiner Neujahrsansprache fordert Präsident Andrzej Duda die Politiker aller Parteien auf, in den Wahlkämpfen für die Wahlen zum Europäischen Parlament sowie zum Sejm im kommenden Jahr die Diskussion über die Zukunft Polens sachlich zu führen.
02.01.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt die umstrittene Gesetzesnovelle zur Ahndung häuslicher Gewalt zur Überarbeitung an das Familienministerium zurück. Das Gesetz soll auch für einmalige Gewaltakte gelten, so Morawiecki. In der Gesetzesnovelle blieben diese ungeahndet. Kritiker beanstandeten außerdem, dass das Opfer der Gewalttat einwilligen müsste, dass die Polizei die Straftat in die sogenannte Weiße Karte aufnimmt.
03.01.2019	Nach der umstrittenen Nominierung des parteilosen Abgeordneten Adam Andruszkiewicz zum Vizeminister für Digitalisierung in der vergangenen Woche stellt die Fraktion der Bürgerplattform – Bürgerkoalition (Platforma Obywatelska – Koalicja Obywatelska) bei der Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) einen Antrag auf Informierung, ob Andruszkiewicz geeignet für die Aufgabe sei. Hintergrund ist u. a. ein Bericht der ungarischen NGO Political Capital Institute, in dem Andruszkiewicz mit russischer Spionage in Zusammenhang gebracht wurde.

04.01.2019	In einer Pressemitteilung zeigt sich das American Jewish Comitee Central Europe beunruhigt über die Nominierung des parteilosen Abgeordneten Adam Andruszkiewicz zum Vizeminister für Digitalisierung in der vergangenen Woche. Die Entscheidung für Andruszkiewicz, der früher Vorsitzender der extrem rechten und rassistischen Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszepolska) war, sei angesichts des wachsenden Antisemitismus in Europa und der Verbreitung von Antisemitismus im Internet überraschend, heißt es in der Erklärung.
04.01.2019	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak trifft sich in Sarajewo (Bosnien und Herzegowina) mit Soldaten des in Butmir stationierten polnischen Militärkontingents des multinationalen Einsatzes EUFOR. Der Militärdienst dort zeige, dass Polen nicht nur von der Sicherheitsgarantie der NATO und im Rahmen der EU profitiere, sondern diese für andere Nationen auch aktiv mitgestalte. Daher erwarte Polen auch von seinen Partnern Solidarität im Falle einer Bedrohung, so Błaszczak.
05.01.2019	Nach dem Brand in einem sogenannten Escape Room in Köslin (Koszalin) am Vortag, bei dem fünf Mädchen ums Leben kamen, beginnt die vom Innenminister angeordnete landesweite Kontrolle dieser Einrichtungen durch die Polizei und die Feuerwehr.
06.01.2019	Die Vorsitzende der Organisation Initiative Polen (Inicjatywa Polska), Barbara Nowacka, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Initiative Polen einen Gesetzesentwurf zur Trennung von Kirche und Staat erarbeitet hat. Dieser solle dem Sejm mittels Petition oder als Bürgergesetzesinitiative vorgelegt werden. Der Entwurf sieht vor, den Religionsunterricht an den Schulen und die Sozial- und Krankenversicherungsabgaben der Geistlichen nicht mehr aus dem öffentlichen Haushalt zu finanzieren. Der Gesetzesentwurf soll eine breite Diskussion über die Trennung von Kirche und Staat in Polen initiieren, so Nowacka. Dies sei notwendig, da sich die römisch-katholische Kirche in Polen erheblich in die Politik einmische.
08.01.2019	Auf einer Pressekonferenz stellt der Direktor des Statistischen Instituts der Katholischen Kirche (Instytut Statystyki Kościoła Katolickiego) die statistischen Daten zu religiösen Praktiken für das Jahr 2017 vor. An der sonntäglichen Eucharistiefeyer nahmen danach 38,3 % der Katholiken teil (2016: 36,7 %; 2015: 39,8 %), an der Heiligen Kommunion 17 % (2016: 16 %; 2015 17 %). Im Jahr 2017 betrug die Anzahl der Diözesanpriester 24.917.
09.01.2019	Matteo Salvini (Lega Nord), Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident Italiens, trifft sich in Warschau mit Innenminister Joachim Brudziński, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Thematisiert werden u. a. die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit, der Migration und der Bekämpfung der internationalen Kriminalität und die Europawahlen im Mai dieses Jahres. Auf der Pressekonferenz nach dem Besuch äußert Salvini die Hoffnung, dass Bewegungen wie die PiS und die Lega Nord einen neuen Frühling in Europa einleiten werden, der sich auf die wahren europäischen Werte, auf Familie, Arbeit und Sicherheit konzentriere und nicht wie bisher auf Bürokratie und Finanzen.
10.01.2019	Präsident Andrzej Duda trifft sich mit Umweltminister Henryk Kowalczyk, Landwirtschaftsminister Jan Krzysztof Ardanowski und dem Hauptveterinär, Paweł Niemczuk. Thema ist die geplante Jagd auf Wildschweine an den drei folgenden Samstagen im Januar mit dem Ziel, die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Polen zu stoppen. Umweltschützer und Wissenschaftler sowie auch einige Vertreter der Jägerschaft fordern, andere Methoden zu Bekämpfung der Seuche, die von Wildschweinen übertragen werden kann, zu nutzen. Insbesondere die Freigabe trächtiger Sauen zum Abschuss löste massive Kritik aus.
11.01.2019	Stanisław Żaryn, Sprecher des Ministers für die Koordination der Sonderdienste, teilt mit, dass Anfang der Woche ein Pole und ein Chinese wegen Spionageverdachts in Polen festgenommen wurden. Für beide wurde zunächst eine Haftstrafe von drei Monaten verhängt. Piotr D. hat früher in staatlichen Institutionen u. a. im Bereich der nationalen Sicherheit gearbeitet, Weijing W. ist einer der Direktoren der polnischen Niederlassung eines chinesischen Telekommunikationskonzerns, so Żaryn.
12.01.2019	Infolge einer Erschütterung im Bergwerk Rudna im niederschlesischen Polkowice verunglückt ein Bergmann tödlich, sechs weitere werden zum Teil schwer verletzt.
13.01.2019	Bei der Abschlussveranstaltung der Spendensammlung durch die Wohltätigkeitsorganisation Wielka Orkiestra Świątecznej Pomocy (WOŚP) in Danzig (Gdańsk) wird der parteilose Stadtpräsident Paweł Adamowicz durch eine Messerattacke schwer verletzt und muss notoperiert werden. Filmaufzeichnungen zufolge soll der Täter unmittelbar nach der Tat auf der Bühne gerufen haben, die PO habe ihn gequält, deshalb müsse Adamowicz sterben. Adamowicz gehörte bis 2015 der PO an.
14.01.2019	Paweł Adamowicz, parteiloser Stadtpräsident von Danzig (Gdańsk), erliegt seinen Verletzungen infolge der Messerattacke am Vortag. Der Täter aus Danzig, der kürzlich eine fünfeinhalbjährige Haftstrafe verbüßt hatte, wird von der Staatsanwaltschaft wegen Mordes angeklagt. Politiker aller Parteien zeigen sich erschüttert und verurteilen scharf den Angriff auf Adamowicz, von zahlreichen europäischen Politikern gehen Kondolenz ein. Am Abend demonstrieren in vielen Städten Tausende Polen gegen Hass und Gewalt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)  
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

#### Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,  
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [info@dpi-da.de](mailto:info@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



# Kostenlose E-Mail-Dienste auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

## Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

## Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

